

Medienlandschaft in den ASEAN-Ländern

Impressionen

Wie nicht anders zu vermuten, spiegeln sich auch in der Medienlandschaft von Südostasien die sozialen und politischen Strukturen der jeweiligen Länder wider. Regina von Reuben schildert ihre Eindrücke von der sich rasch wandelnden und doch in bestimmten Grundproblemen sehr "beständigen" Situation und fragt nach Ähnlichkeiten und Unterschieden.

Thailand: Business und Sensationen

Thailand mit seinen sich zeitweilig bekämpfenden, zeitweilig auf Kompromiß gestimmten Machtcliquen ist zur Zeit völlig auf den kapitalistischen Entwicklungspfad abgefahren - sehr erfolgreich, wie die Weltbank sagt. Die vergleichsweise hohen Wachstumsraten - es werden bis zu 9 % pro Jahr vorausgesagt - sind von chaotisch anmutender Quasi-Libertät begleitet, die sich ausleben darf, solange nicht ernstlich an den Grundpfeilern des Systems gesägt wird. Wirkliche Gefahr "von unten" droht dem System zur Zeit ohnehin nicht. Also können sich auch die Medien mehr erlauben als je zuvor.

Wer in Thailand heute sein Radio auf UKW schaltet, ist überrascht davon, zig Sender zu finden, die zwar - der früheren staatsmonopolistischen Struktur Thailands entsprechend - alle von staatlichen Stellen, insbesondere dem Militär, betrieben werden, aber keinerlei Propaganda betreiben. Sie verbreiten Schlager- und andere Unterhaltungsmusik, sind zu einem beträchtlichen Teil in Stereo und bringen abgesehen von wenigen, dürftigen Nachrichten nur Werbung. Sie werden allerhöchstens politisch, wenn sie bei einem Staatsstreich zeitweilig "gleichgeschaltet" werden, um die Proklamationen neuer Machthaber unters Volk zu bringen.

Inzwischen wird Fernsehen über fünf Kanäle - alles in Farbe - verbreitet. Da mindestens vier davon uneingeschränkt kommerziell betrieben werden, dauern die beliebten 'soap operas' wegen der ständig unterbrechenden Werbespots doppelt so lang wie der eigentliche Film. Da das Fernsehen inzwischen immer schneller das flache Land erfaßt - in fast

allen Dörfern steht mindestens ein Gerät, das von der Bevölkerung umringt wird -, kommt ihm eine höchst fragwürdige Rolle bei der Propagierung eines kleinbürgerlichen westlichen Lebensstils zu. Diese imperialistisch gesteuerte Konsumentenkultur zerstört in Windeseile die noch verbliebene kulturelle Autonomie auch in den entlegensten Gebieten. Das gilt natürlich nicht nur für Thailand, sondern auch für die meisten anderen ASEAN-Länder mit Ausnahme vielleicht von Indonesien, wo - auf Druck der Muslime - Werbefilme im Fernsehen nicht mehr gezeigt werden.

Alle thailändischen Fernseh-Kanäle werden zwar von staatlichen Organisationen betrieben oder kontrolliert, aber auch hier haben sich publikumsfreundliche Änderungen durchgesetzt. Der beliebte, aber von manchen Seiten auch gefürchtete Produzent der Abendnachrichten des 9. Kanals, Somkiat Onwimon, hat seine Berichterstattung so revolutioniert, daß alle anderen Fernsehstationen nachziehen mußten. Anstelle des Verlesens langweiliger Verlautbarungen der verschiedenen Behörden und offiziellen Verbände, griff er eigene aktuelle Themen auf, lokierte sie mit kurzen Filmschnitten und Spots auf, begann auch kritische Fragen zu stellen und spickte die Nachrichten mit ironischen Bemerkungen.

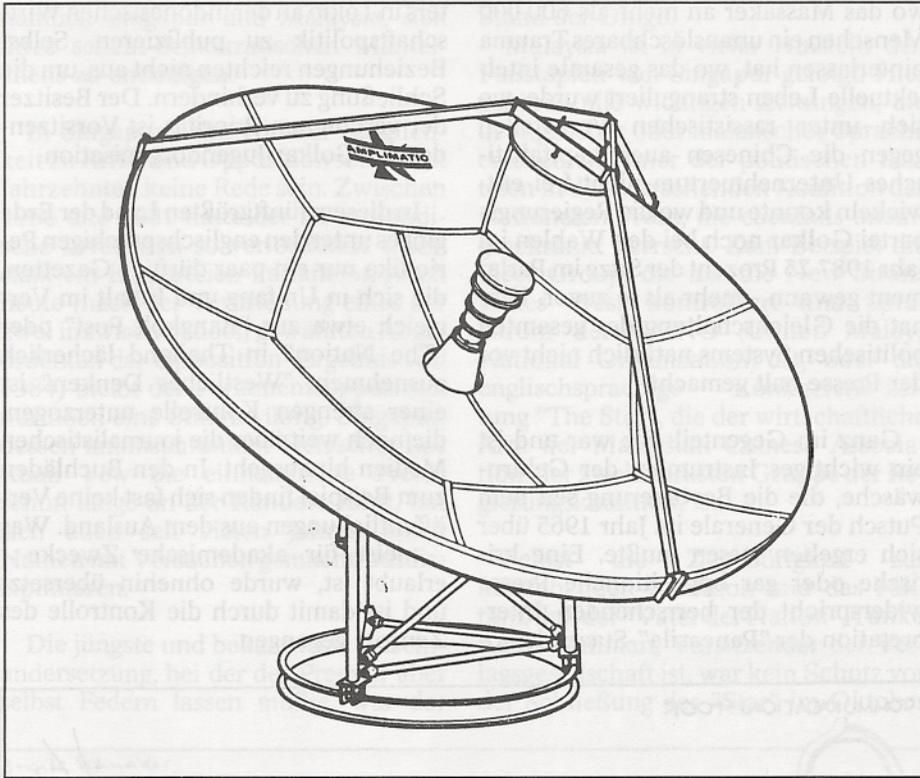
Am "farbigsten" bleibt nach wie vor die Presse, wo sich das Privatunternehmertum auch in äußerst repressiven Zeiten halten konnte und die früher sprichwörtliche Langeweile der Informationspolitik, die die Fernseh- und Rundfunkanstalten kennzeichnet, von journalistischer Sensationsmacherei ausgeglichen wird.

Die neue Regierung wird als Kabinett "Playboy I" gefeiert, weil dem Premier Chatchai Chunawan der Ruf anhängt, im Alter von fast 70 Jahren noch in Diskotheken zu tanzen. Die Medien, einschließlich des staatlichen Fernsehens, überschlagen sich mit Storys über die neue thailändische Schönheitskönigin, die Miss Universum wurde. Und wenn man Kritik am System üben will, wie das dann einige Parlamentarier, Militärs oder developmentpolitische Aktionsgruppen noch tun, dann ist das auch recht. Vieles wird gedruckt, vieles wird gesendet. Das meiste ist vermarktbar. Der sprichwörtliche Sensationalismus der thailändischen Presse feiert heute fröhlichste Urstände.

Nur darf man die Pressefreiheit, wie viele Freiheiten, ja nicht als konstitutionell verbrieftes Recht begreifen, das von der herrschenden Klasse voll vertreten und unterstützt wird. Die heutige Pressefreiheit ist lediglich ein Spielraum, d.h. Ergebnis der gegenwärtigen politischen Kräftekonstellation des Landes, die seit der Abschaffung der absoluten Monarchie fast nie besonders homogen oder monolithisch war.

Wiedergeburt der philippinischen Presse

Liegen Ähnlichkeiten zu den Philippinen nicht auf der Hand? Äußerlich ist vieles ähnlich. Vor allem der Sensationalismus. Doch schaut man tiefer, so wird ein wesentlicher Unterschied deutlich: Die "Freiheit", die hier - zugegeben - ebenfalls zu chaotischer Geschäftemacherei á la Bangkok benutzt wird, ist teuer erkämpft worden. Die "Wiedergeburt" der philippinischen Presse ist das Ergebnis des politischen Widerstands, der vorerst in die Februar-Revolution 1986 mündete, bei



der Marcos gestürzt wurde und die auch eine Story der Medien ist.

Beispiel ist Radio "Veritas", der Sender der mächtigen katholischen Kirche, deren Führer, Kardinal Jaime Sin dem Marcos-Regime gegenüber immer kritischer wurde. 1983, vor der Rückkehr von Benigno Aquino aus seinem amerikanischen Exil, beschloß dieser Sender, anstelle seines normalen Programms die folgenreiche Ankunft des Hauptgegners von Marcos am Flughafen von Manila live zu senden. Den ganzen Tag übermittelten die Übertragungswagen die unerwartete Tragödie, die sich hier abspielte, das Attentat auf dem Flughafen, den Transport der Leiche zum Krankenhaus, die Entrüstung der Augenzeugen und die Verhandlungen der Aquino-Familie mit den Militärs über die Bedingungen der Post-mortem-Untersuchung. Während die anderen - staatlich kontrollierten - Sender einschließlich der Zeitungen auch am nächsten Tag noch über dieses Ereignis - wenn überhaupt - nur selektiv berichteten, stellte sich die Bevölkerung von Manila auf die Wellenlänge von Radio Veritas ein, das von den Behörden zwar gewarnt worden war, sich aber nicht darum scherte.

Die ungeschminkte Darstellung des Attentats und der Entwicklung in den folgenden Tagen, der später auch einige kritische Zeitungen mutig folgten, hatte in Windeseile eine Welle der Empörung und Entrüstung entstehen lassen. Wenige Tage später, zur Beerdigung am 31. August 1983, säumten bereits 2 Millionen Menschen die Straßen auf dem Weg der Leiche zum Friedhof.

Auf den Philippinen hat die Öffentlichkeit so intensiv auf die Repression

des späten Marcos-Regimes, vor allem auf das staatliche Attentat auf Benigno Aquino reagiert, daß im Jahr 1983 ein Boykott der drei größten Zeitungen, die von Marcos oder seinen Günstlingen kontrolliert wurden, die Zeitungen wirklich unter wirtschaftlichen Druck brachte und auch die Anzeigen zurückgingen.

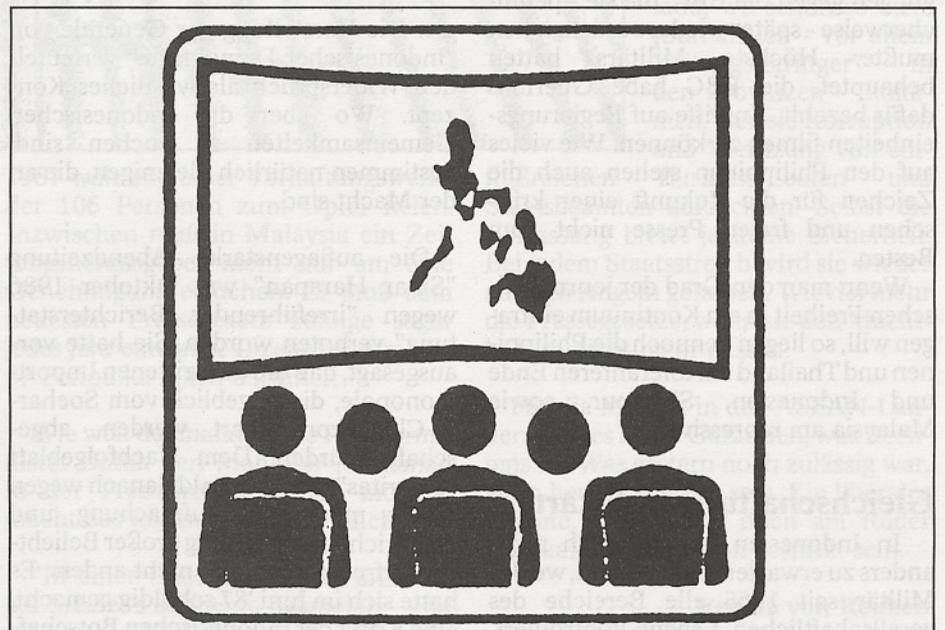
Wie gesagt, es war eine "Wiedergeburt" der bürgerlich-liberalen philippinischen Presse. Schon in den Jahrzehnten vor Ausrufung des Kriegsrechtes hatte sie eine lange Tradition relativer Freiheit und beachtlichen professionellen Standards. Selbst wenn sie heute anscheinend dem gleichen markt-schreierischen Sensationalismus zu folgen scheint wie in Thailand, so gilt das doch nur für einen Teil. Viele neuere

Zeitungen wie etwa "Malaya" begreifen sich als Repräsentanten der "people power" und der liberalen Reformbewegung, die man mit dem Sturz des Marcos-Regimes einzuleiten gehofft hatte. Selbst die älteren Marcos-loyalen Presseerzeugnisse, die verständlicherweise nach dem Sturz des Diktators in ihrer Auflage stark zurückgefallen sind, haben sich heute ein pluralistischeres und damit liberaleres Mäntelchen zugelegt.

Linke Journalisten

Es gibt auf den Philippinen ernsthaften, politisch engagierten Journalismus. Der politische Kampf geht ja auch weiter. Es gibt alternative Nachrichtendienste, die sich gegen alle Anfeindungen bemühen, die verfälschende, entstellende oder unausgeglichene Nachrichtenverbreitung des Establishments zu korrigieren. Sie sind die heute legale Fortsetzung der vorher - unter dem Kriegsrecht - im Untergrund arbeitenden Presse, die Nachrichtenbriefe, Broschüren und Flugblätter herausgab, aber damals verständlicherweise nur einen begrenzten Leserkreis erreichen konnte.

Der Beruf des Journalisten hat auch einen gewissen Sozialstatus. Es gibt wohl kein anderes Land in Südostasien als die Philippinen, wo so viele Journalisten in prominenten Positionen der Politik gelandet sind. Im rechten Lager ist prominentestes Beispiel der ehemalige Außenminister Carlos Romolo gewesen. Auch mehrere führende Persönlichkeiten der Communist Party of the Philippines haben einen journalistischen Hintergrund, darunter auch die zwei Unterhändler der NDF bei den Waffenstillstandsverhandlungen mit der neuen Regierung, nämlich Antonio Zumel und Saturnio Ocampo.



Vielen ist noch die dramatische Flucht von Saturnio Ocampo am 5. Mai 1985 in Erinnerung, die seiner neun-jährigen Haft in den Händen des philippinischen Militärs ein Ende setzte. Die Folterungen und die Bedingungen der Einzelhaft, bei der er angeblich über viele Monate an sein Bett gekettet war, führten zu einem Protestschrei der Oppositionsbewegung. Die Möglichkeit zur Flucht verdankte er einer Sondergenehmigung des damaligen Verteidigungsministers Ponce Enrile, um an den Wahlen des Nationalen Presserats teilzunehmen. Als er seinen Stimmzettel in einer Wahlzelle ausgefüllt hatte, ging er - in einem unbeobachteten Moment - über einen Hinterausgang aus dem Raum, kletterte über eine Feuerleiter die vier Stockwerke herunter und wurde unten von einem grünen Volkswagen aufgenommen. Die sofort einsetzende intensive Fahndungsaktion blieb erfolglos. Mit einer anderen Sondergenehmigung tauchte er erst wieder öffentlich bei den Waffenstillstandsverhandlungen nach Marcos' Sturz auf.

Die anfänglich freundlichen Beziehungen zwischen dem Cory-Establishment und der Presse sind in jüngerer Zeit jedoch abgekühlt. Das sich zunehmend selbstbewußter gebärdende Regime, das dem revolutionären Untergrund den "totalen Krieg" erklärt hat und dabei auch die wichtiger werdende Rolle des Militärs in der Politik akzeptiert, möchte die Medien allzu gern in seine Strategie der Oppositionsbekämpfung einbeziehen. Es kann daher immer weniger akzeptieren, daß Journalisten immer noch offen und sympathisch über die Situation der Guerilla in den Bergen berichten. In dieser staatlichen Strategie der ideologischen Abschottung scheute sich das Regime nicht einmal vor haltlosen Anschuldigungen gegen die BBC, die sie - peinlicherweise - später wieder zurückziehen mußte. Höchste Militärs hatten behauptet, die BBC habe Guerillas dafür bezahlt, Angriffe auf Regierungseinheiten filmen zu können. Wie vieles auf den Philippinen stehen auch die Zeichen für die Zukunft einer kritischen und freien Presse nicht zum Besten.

Wenn man den Grad der journalistischen Freiheit in ein Kontinuum eintragen will, so liegen dennoch die Philippinen und Thailand am toleranteren Ende und Indonesien, Singapur, sowie Malaysia am repressiven.

Gleichschaltung in Jakarta

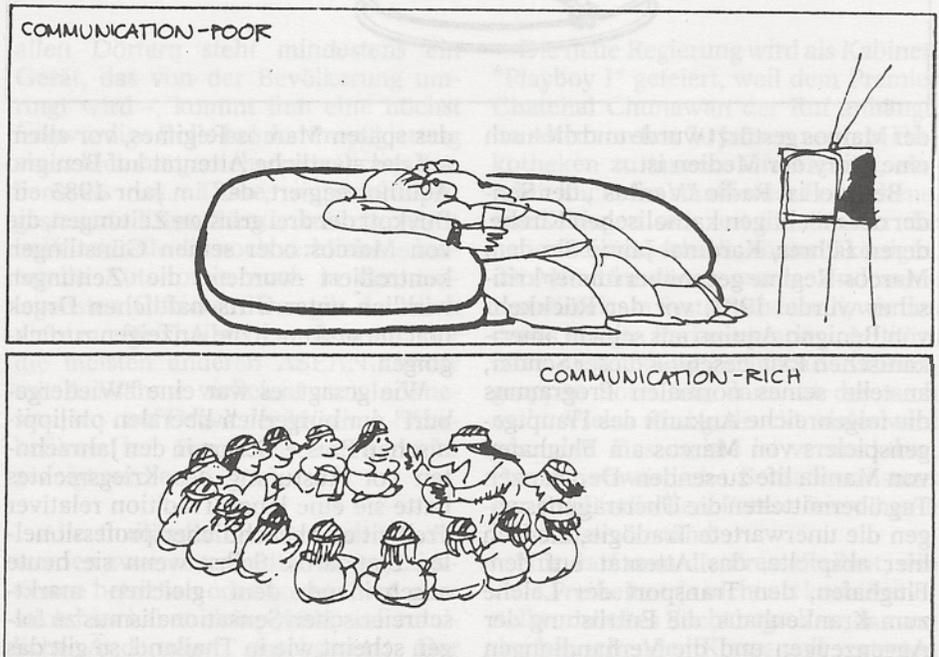
In Indonesien ist dies auch nicht anders zu erwarten, einem Land, wo das Militär seit 1965 alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens kontrolliert,

wo das Massaker an mehr als 600.000 Menschen ein unauslöschbares Trauma hinterlassen hat, wo das gesamte intellektuelle Leben stranguliert wurde, wo sich unter rassistischen Vorurteilen gegen die Chinesen auch kapitalistisches Unternehmertum nicht frei entwickeln konnte und wo die Regierungspartei Golkar noch bei den Wahlen im Jahr 1987 73 Prozent der Sitze im Parlament gewann - mehr als je zuvor. Hier hat die Gleichschaltung des gesamten politischen Systems natürlich nicht vor der Presse halt gemacht.

Ganz im Gegenteil: Sie war und ist ein wichtiges Instrument der Gehirnwäsche, die die Bevölkerung seit dem Putsch der Generale im Jahr 1965 über sich ergehen lassen mußte. Eine kritische oder gar oppositionelle Presse widerspricht der herrschenden Interpretation der "Pancasila"-Staatsideolo-

ters in Tokio an der indonesischen Wirtschaftspolitik zu publizieren. Selbst Beziehungen reichten nicht aus, um die Schließung zu verhindern. Der Besitzer der verbotenen Prioritas ist Vorsitzender der Golkar-Jugendorganisation.

In diesem fünftgrößten Land der Erde gibt es unter den englischsprachigen Periodika nur ein paar dürftige Gazetten, die sich in Umfang und Inhalt im Vergleich etwa zur "Bangkok Post" oder "The Nation" in Thailand lächerlich ausnehmen. "Westliches Denken" ist einer strengen Kontrolle unterzogen, die noch weit über die journalistischen Medien hinausgeht. In den Buchläden zum Beispiel finden sich fast keine Veröffentlichungen aus dem Ausland. Was - meist für akademische Zwecke - erlaubt ist, wurde ohnehin übersetzt und ist damit durch die Kontrolle des Zensors gegangen.



aus: Der Überblick 4/86, S. 6

Schein-Demokratien: Singapur und Malaysia

Daß es in solchen Staaten auch die ausländische Presse schwer hat, wundert niemanden. Ein guter Gradmesser für Kritikfähigkeit des Regimes ist die Behandlung, die die Far Eastern Economic Review (FEER) oder das Asian Wall Street Journal, denen wohl schwerlich linke Tendenzen nachgesagt werden können, von den verschiedenen Regierungen erfahren. Die FEER mußte zum Beispiel ihre Korrespondenten in Jakarta innerhalb von 15 Monaten dreimal auswechseln. Artikel, die der Zensur nicht behagten, wurden schwarz überpinselt.

Inzwischen gelang es aber auch den zwei Staaten, die nicht als Militärregime bekannt sind, dafür aber mit fragwürdigen Notstandsgesetzen, genannt

gie. Die Vorstellung der Generale von "indonesischer Demokratie" verteufelt den Widerspruch als westliches Konzept. Wo aber die indonesischen Gemeinsamkeiten zu suchen sind, bestimmen natürlich diejenigen, die an der Macht sind.

Die auflagenstarke Abendzeitung "Sinar Harapan" war Oktober 1986 wegen "irreführender Berichterstattung" verboten worden. Sie hatte vorausgesagt, daß die umstrittenen Importmonopole, die angeblich vom Soeharto-Clan kontrolliert werden, abgeschafft würden. Dem Nachfolgeblatt "Prioritas", das sich bald danach wegen seiner modernen Aufmachung und Nachrichtendarstellung großer Beliebtheit erfreute, erging es nicht anders. Es hatte sich im Juni '87 schuldig gemacht, eine Kritik des indonesischen Botschaf-

"Internal Security Act", operieren, nämlich Singapur und Malaysia, sich ihres schein-demokratischen Mäntelchens zu entledigen.

In Singapur kann von der Möglichkeit zu Kritik und Opposition schon seit Jahrzehnten keine Rede sein. Zwischen 1966 und 1981 hatte der für ausländische Investoren so verlockende Inselstaat ein Einparteien-Parlament. Auch heute (nach der Verurteilung eines der zwei inzwischen doch gewählten Abgeordneten der Opposition- Ergebnis von 1984) bleibt der Parlamentsopposition nur noch eine Stimme übrig. Singapur, dessen unumschränkter Herrscher Lee Kuan Yew die einheimische Presse schon lange an der Kandare führt, hat sich auch seit vielen Jahren einen Namen mit Versuchen gemacht, ausdisziplinieren.

Die jüngste und bekannteste Auseinandersetzung, bei der der Premier aber selbst Federn lassen mußte, war der

aus Singapur. Das ist auch der heutige Stand der Dinge.

Malaysia ist in vieler Hinsicht den Fußstapfen von Singapur gefolgt. Hier gehören alle wichtigen Zeitungen, die in englischer oder malaiischer Sprache erscheinen, einer der politischen Parteien in der herrschenden Koalition der Nationalen Front, die ebenfalls uneingeschränkt herrscht. Zum Beispiel die Fleet Group, die u.a. die New Straits Times Press kontrolliert und Sprachrohr der UMNO (United Malays National Organization) ist, oder die englischsprachige "Konkurrenz"zeitung "The Star", die der wirtschaftliche Arm der Malaysian Chinese Association, der zweitstärksten Gruppe der Regierungskoalition, ist.

Selbst die Zugehörigkeit zur herrschenden Koalition und das Faktum, daß der "Vater der Nation", Tunku Abdul Rahman, Vorsitzender der Verlagsgesellschaft ist, war kein Schutz vor der Schließung des "Star" im Oktober

ich würde sagen: Malaysia ist in einer solchen Lage - und wo ein falsches oder sogar wahres Wort zum Unglück führen kann, ist es kriminelle Verantwortungslosigkeit, wenn man zuläßt, daß dieses Wort geäußert wird."

Gesetze wirken nicht

Warum wir so wenig über Gesetze sprechen, liegt auf der Hand: Die nicht-gedruckten Medien wie Fernsehen und Rundfunk sind ohnehin in der Hand des Staates. Und wie wir gesehen haben, werden die großen Zeitungen häufig auch von Unternehmen kontrolliert, die zum Establishment gehören.

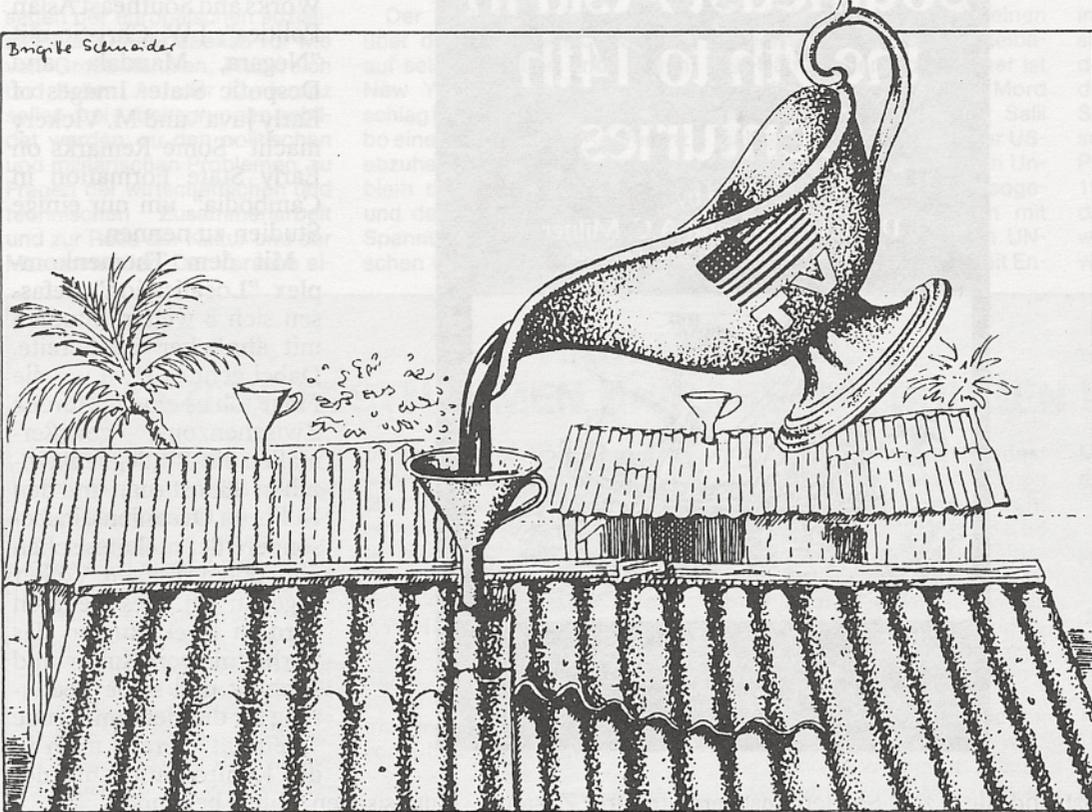
Wichtiger noch: Gesetze garantieren nichts. Soweit sie ausdrücklich repressiv sind, wie etwa der Internal Security Act in Singapur oder Malaysia oder der Official Secret Act in Malaysia, spiegeln sie auch in diesem Bereich nur den Charakter des Gesamtsystems wider. Sie sind kein Schutz, sondern eine Waffe der Anderen.

Selbst wenn Pressegesetze - wie auf den Philippinen - relativ liberal sind, bieten sie nur unzureichenden Schutz für Journalisten, allerhöchstens vor Gericht, wenn die Gerichte unabhängig sind. Die kürzliche Absetzung des höchsten malaysischen Richters, der sich die Einmischung der Exekutive in die Judikative verbat, zeigt die Grenzen von Rechtsgarantien. Oder nehmen wir die Philippinen, wo "Vigilante"-Gruppen in Zeitungs- und Rundfunkredaktionen einbrechen und kritische Journalisten abknallen. Oder Thailand, wo schon so viele Journalisten - vor allem Zeitungs"stringer" in den Provinzen - umkamen, weil sie Korruption und Verfälschung von einflußreichen Business-Leuten und Staatsbeamten aufdeckten. Selbst die Verfassung bietet ja keine Sicherheit. Bei jedem Staatsstreich wird sie wieder aus den Angeln gehoben. Wieviel mehr die Pressegesetze, wenn sie den Machthabern nicht mehr passen.

Für die Medien in den ASEAN-Ländern gibt es keine Garantien, was Rechtens ist. Was gestern noch zulässig war, kann heute verboten sein. Ein liberales Regime, das gestern noch am Ruder war, kann heute schon gestürzt sein.

Regina von Reuben

Brigitte Schneider



Konflikt mit der Far Eastern Economic Review. Lee hatte Anstoß an einem - eigentlich höchst sorgfältig formulierten - Artikel genommen, der die fragwürdigen Verhaftungen im Mai und Juni 1987 und die um so unglaubwürdigeren Geständnisse von Juristen und Sozialaktivisten analysierte, denen vorgeworfen wurde, an einem kommunistischen Komplott zum Sturz der Regierung mitgewirkt zu haben. Auf seinen Versuch, die verkaufte Auflage der FEER in Singapur auf ein Zehntel zu dezimieren, wozu er sich die gesetzliche Handhabe geschaffen hatte, reagierte die Zeitschrift mit dem völligen Auszug

1987 während einer Verhaftungswelle, der 106 Personen zum Opfer fielen. Inzwischen muß in Malaysia ein Zeitungsherausgeber nicht nur um eine Genehmigung ersuchen. Er muß dem neuesten Pressegesetz zufolge sogar jedes Jahr eine neue Lizenz beantragen. 87 Periodika fallen darunter.

Wie weit der malaysische Premierminister Datuk Seri Mahathir Mohamad in der Pressefreiheit gehen möchte, macht das folgende Zitat deutlich:

"In einer Gesellschaft, die unsicher auf Messer's Schneide balanciert - und